

Derzeit werden sowohl in der Partei Die Linke wie auch in der DKP intensive und bisweilen kontroverse Programmdebatten geführt. Mit Ekkehard Lieberam, Manuel Kellner, Bernd Koenitz, Siegfried Kretzschmar, Anton Latzo, Michael Mäde, Herbert Münchow, Robert Steigerwald, Joachim Traut und Ingo Wagner haben nun marxistische Autoren unterschiedlicher politischer Provenienz in einem gemeinsamen Memorandum zu programmatischen Fragen Stellung genommen. Wir veröffentlichen einen Auszug aus dem Papier vorab. Vorgestellt wird das Memorandum bei einer Arbeitskonferenz mit Ekkehard Lieberam, Robert Steigerwald und Ingo Wagner am 23. Oktober im Leipziger Liebknecht-Haus (von 10.30 Uhr bis 17 Uhr, Braustraße 15).

Entfesselte Destruktivkräfte

Umweltzerstörung, Krise und Krieg sind keine voneinander unabhängigen Erscheinungen. Nur wer ihren inneren Zusammenhang versteht, kann Gegenkräfte organisieren (Teil I). Ein Memorandum zur linken Programmdebatte

Mit der umfassendsten und tiefsten Wirtschaftskrise seit achtzig Jahren gerät die kapitalistische Produktionsweise zu Beginn des 21. Jahrhunderts unübersehbar in neue und voraussichtlich zunehmende Schwierigkeiten. Ihr Zustand ist seit einigen Jahrzehnten durch wirtschaftliche Talfahrten, ein Durcheinander ihrer zyklischen Bewegung, wachsende weltwirtschaftliche Ungleichgewichte, eine anhaltende Instabilität des Finanzsystems und - neuerdings - durch eine geradezu dramatische Zunahme der Staatsverschuldung in den kapitalistischen Industrieländern gekennzeichnet.

Seit den siebziger Jahren haben sich weltweit grundlegende ökonomische und soziale Wandlungen vollzogen. Der produzierte materielle Reichtum ist enorm gewachsen. Die ökonomischen und sozialen Widersprüche der kapitalistischen Produktionsweise entfalteten sich in einer veränderten Art und Weise. Sie bestimmen heute die Bedingungen der weltweiten, der regionalen und nationalen Klassenauseinandersetzungen. Ebenso bestimmen sie die Möglichkeiten eines erfolgreichen Abwehrkampfes gegen die neoliberale Kapitaloffensive und gegen die imperialistische Kriegspolitik.

Im Zentrum der Deformationen steht ganz offensichtlich die Ökonomie der USA. Die Wirtschaft Japans befindet sich seit längerer Zeit in besonderem Maße auf Talfahrt. Ansonsten variieren die wirtschaftlichen Zustände zwischen atemberaubender Prosperität in China und anhaltender Stagnation in Italien. Augenscheinlich können die Überproduktionskrisen ihre Reinigungsfunktion nur noch höchst unzulänglich ausüben. Der nächste ökonomische und finanzpolitische Crash wird so nicht lange auf sich warten lassen. Damit aber werden die seit längerer Zeit wirkenden Widersprüche verschärft und drängen in einer Kaskade von ökonomischen und gesellschaftlichen Konflikten an die Oberfläche. Der Kapitalismus ist keineswegs am Ende, aber vermutlich am Anfang einer lang andauernden und widersprüchlichen Endphase.

Global spitzt sich der Widerspruch zwischen dem Weltproletariat und den internationalen Konzernen zu. Die Ernährungs- und Hungerkrise in den Staaten der dritten Welt verschlimmert sich merklich. In den Metropolen tritt der Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit zunehmend als sozial tief gesplante Gesellschaft, als Bereicherung der Kapitalbesitzer und Verarmung der unteren zunehmend prekären Schichten der Lohnarbeiter und sozial Ausgegrenzten in Erscheinung. Imperialistische Kriege seitens der USA und der NATO um die schwindenden Ressourcen unseres Planeten sind wieder zu einer »normalen« Erscheinung der internationalen Beziehungen geworden. Die Bedrohung der natürlichen Bedingungen des menschlichen Lebens hält an bzw. verschärft sich.

Sozialismus oder Barbarei

Der Kapitalismus wird zum Überlebensproblem für die Menschheit. Nie zuvor in der Menschheitsgeschichte haben sich so bedrohliche Destruktivkräfte herausgebildet wie in der Gegenwart. Die Menschheit muß in historisch kurzer Zeit bei drohender Gefahr ihres Niedergangs oder katastrophaler Entwicklungen einen Ausweg aus der zerstörerischen Logik des Kapitalismus finden. Die zentrale Frage linker Politik im neuen Jahrhundert ist, ob sich rechtzeitig gesellschaftliche Kräfte finden werden, die den entfesselten Kapitalismus zu zügeln und dann eine neue sozialistische gemeinwirtschaftliche Gesellschaftsordnung durchzusetzen vermögen.

Die politischen Organisationen der abhängig Arbeitenden spielen in den politischen Systemen kapitalistischer Länder zumeist nur eine marginale oder eine auf Klassenzusammenarbeit setzende Rolle. Kaum jemals bisher konnte sich die Ideologie der Herrschenden so weitgehend als herrschende Ideologie durchsetzen und Verwirrung in den Köpfen der Menschen über die gesellschaftlichen Verhältnisse verbreiten.

Was tatsächlich, wenn auch sehr widersprüchlich und in bescheidenem Maße, im Zuge der sozialen Polarisierung und der verstärkten krisenhaften Entwicklung des Kapitalismus zunimmt, ist eine Vertrauenskrise gegenüber der kapitalistischen Ökonomie und seine öffentlichen Repräsentanten. Sehr zögerlich und zwiespältig entwickelt sich die Bereitschaft der abhängig Arbeitenden, für ihre unmittelbaren Interessen gegen Lohnabbau, gegen Sozialraub und für soziale Verbesserungen zu kämpfen. Teilerfolge, die hier erkämpft werden, können Schritte vorwärts auf dem Weg der Entwicklung der Klasse der abhängig Arbeitenden von einer Klasse gegenüber dem Kapital zu einer Klasse für sich selbst sein. Das wäre eine unabdingbare Voraussetzung für die Lösung der Probleme, die sich zu Beginn des 21. Jahrhunderts mit aller Dringlichkeit stellen.

Aus all dem resultieren die Aufgaben und die Chancen im Kampf für soziale Verbesserungen und ökologische Reformen. Deutlich wird, daß die Alternative »Sozialismus oder Untergang in der Barbarei« (Rosa Luxemburg) langfristig die politischen Auseinandersetzungen leiten muß, aber die Öffnung zu einer sozialistischen Perspektive für die Menschheit vielfältiger Vorbedingungen bedarf, die erst noch zu schaffen sind.

Nach der Niederlage des im Jahre 1917 begonnenen Ausbruchs eines Teils der Menschheit aus dem kapitalistischen Weltsystem in den Jahren 1989/1991 haben wir es wieder mit einer einheitlichen Welt des Kapitals zu tun. Nach wie vor gibt es Potentiale antikapitalistischen Widerstands, aber diese sind in den meisten Regionen der Welt in den letzten zwei Jahrzehnten deutlich schwächer geworden. Unter den gegebenen globalen Klassenmachtverhältnissen wird die Politik von der Profitlogik, von den Zwängen des kapitalistischen Weltmarktes und von den Interessen der großen Unternehmen und Banken bestimmt. Eine Produktion nach menschlichen Bedürfnissen findet nur insoweit statt, als sie profitabel ist.

Die globale Macht des Kapitals ist in Wirtschaftsblöcken konzentriert, von denen die USA und die EU die bedeutendsten sind. Diese stehen in Konkurrenz zueinander. Sie verfolgen gemeinsam das Ziel, die gesamte Welt ihrer Kontrolle zu unterwerfen. Dabei beobachten sie sich gegenseitig voller Mißtrauen und möchten zugleich die sich in den letzten Jahren bildende Annäherung von Rußland, weiteren GUS-Staaten, China, Pakistan und Indien verhindern. In Lateinamerika setzen sie auf Staatsstreich gegen Länder, die auf ökonomische Unabhängigkeit und sozialistische Orientierung setzen. Sie beanspruchen die Aufsicht und Verfügung über die Ressourcen dieser Welt, insbesondere über die Ölreserven im Nahen Osten und in Südostasien.

»Neoliberaler Kapitalismus«?

Die weltweit größten Konzerne und Banken dominieren den Welthandel und die Regulierungsinstanzen der Weltwirtschaft: den IWF, die Weltbank, die WTO und die internationalen Finanzmärkte. Einige hundert Menschen an ihrer Spitze, eng verbunden mit den Regierungschefs in den Metropolen, entscheiden über das Wohl und Wehe der Menschheit. Sie handeln als Vollstrecker der ökonomischen Gesetzmäßigkeiten der Profitmaximierung. Aber sie sind zugleich diesen Gesetzmäßigkeiten unterworfen und ausgeliefert. Sie sind Herren im Kapitalismus, aber keine Herren des Kapitalismus.

Die gegenwärtige Großkrise des Kapitalismus wird im Programmentwurf von ihren Erscheinungsformen her als Verbindung einer Konjunkturkrise, einer Strukturkrise und einer Krise der internationalen Finanzmärkte bestimmt. Es handle sich bei dem heutigen Kapitalismus um einen Finanzmarktkapitalismus, der eine vierfache Krise aufgehäuft habe. Es gehe um Macht und Eigentum, um das Verhältnis von Natur und Gesellschaft, um die Produktions- und Lebensweise sowie um Fragen von Sicherheit und Entwicklung.

Seit den siebziger Jahren habe sich eine »neoliberale Wende« vollzogen. Die Erhöhung der Profitrate der Konzerne, die Deregulierung der Arbeitsmärkte, spekulative Profitaneignung und verschärfte soziale Spaltung seien Merkmale dieser Wende. So weit, so überzeugend.

Nicht überzeugen kann, wenn dann nicht klar wird, welcher Kapitalismus in der Krise ist (dieser selbst, der »neoliberale Kapitalismus« oder der »Finanzmarktkapitalismus«) und eingeschätzt wird, die »neoliberale Politik« habe »durch Deregulierung, Liberalisierung und Privatisierung die Wurzeln für die gegenwärtige Krise gelegt.« Eine solche Einschätzung beschreibt die Wurzeln der Krise nicht zutreffend. Wenn man sie als richtig unterstellt, hätte sie die Konsequenz: Man bräuchte die Deregulierung und Privatisierung nur rückgängig zu machen und erhält einen krisenfreien Kapitalismus. Aber das kann nicht die eigentliche Handlungsorientierung sozialistischer Politik sein. Natürlich gilt es, Deregulierung und Privatisierung von links entschieden zu bekämpfen. Da aber die Wurzeln der Krise tiefer liegen, nämlich im Bereich der Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Produktionsweise, muß in erster Linie entschieden die Eigentumsfrage und die Systemfrage gestellt werden. Eine Analyse des »neoliberalen Kapitalismus«, die diesen nicht im Kern als den ganz normalen Kapitalismus, wie ihn Marx analysiert hat (sicherlich dabei in einer besonders entfesselten Form) versteht, geht einfach in die Irre.

Sinkende Profitraten

Die entscheidende Ursache der 2009 ausgebrochenen Weltwirtschaftskrise ist nicht die neoliberale Politik, sondern im Kern eine anhaltende Krise der Kapitalverwertung infolge des Wirkens des Gesetzes vom tendenziellen Fall der Profitrate. In den siebziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts gab es eine tiefe Zäsur in der Wirtschaftsgeschichte des Kapitalismus. Ein über Jahrzehnte hinweg erfolgreiches Regime der Akkumulation von Kapital, das vor allem in der Massenmotorisierung seine Grundlage hatte und durch Vollbeschäftigung und hohe industrielle Zuwachsraten sowie einen sozialstaatlichen Klassenkompromiß gekennzeichnet war (der »Fordismus«), büßte sukzessive seine Dynamik ein. Das sogenannte goldene Zeitalter des Kapitalismus der fünfziger und sechziger Jahre mit erheblichen Realloohnerhöhungen und sozialen Verbesserungen für die abhängig Arbeitenden, insofern auch einer gewissen Abmilderung des Klassenwiderspruchs vor allem in den kapitalistischen Industrieländern, ist heute eine verfllossene Periode.

Seit 1970 fiel die Profitrate im produzierenden Gewerbe in den USA, in Japan und in der Bundesrepublik Deutschland bis auf heute durchschnittlich um die zehn Prozent. Als Reaktion darauf wurden zwei Wege eingeschlagen: Der eine Weg war die Strategie der Profite auf Pump, der Anlage des überschüssigen Kapitals in weltweiten Finanzanlagen und zunehmend in ihrer spekulativen Form. Der Kapitalismus wurde insofern zum »finanzmarktgetriebenen Kapitalismus«. Die Schere zwischen Realwirtschaft und weltweit zirkulierender Geldmenge wurde immer größer. Nicht einzelne Banker, sondern der Kern der Kapitalistenklasse selbst setzte auf spekulative Finanzgeschäfte. Große Investmentbanken und private Hedge-Fonds gewannen einen zerstörerischen Einfluß auf die Reproduktion des Kapitals. Dem entgegen stehende staatliche und zwischenstaatliche Regulierungen wurden beseitigt.

Der andere Weg war der der Privatisierung immer neuer gesellschaftlicher Bereiche und einer verschärften Ausbeutung der Lohnarbeiter. Der Wert der Ware Arbeitskraft wurde herabgedrückt. Es begann gerade in Deutschland die neoliberale Politik der systematischen Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von unten nach oben. Große Teile der Produktion lagerte man in Billiglohnländer mit erbärmlichen Sozialstandards aus. In den kapitalistischen Industriestaaten begann eine Politik des Abbaus der erreichten sozialen Errungenschaften. Der nach 1945 entstandene Klassenkompromiß mit weitgehenden sozialen Zugeständnissen an die arbeitende Klasse wurde Zug um Zug auf ein niedrigeres Niveau abgesenkt. Begünstigt wurde dies durch den Wegfall der Systemkonkurrenz mit dem Realsozialismus in den Jahren 1989/1990/1991. Die Bourgeoisie war wieder in der Lage, »sich eine Welt nach ihrem eigenen Bilde« zu schaffen. (Kommunistisches Manifest)

Die Welt befindet sich offenbar am Anfang einer tiefgreifenden Strukturkrise der kapitalistischen Produktionsweise, inbegriffen große Wirtschaftskrisen, folgenschwere Finanzkrisen sowie umfassende Erschütterungen aller gesellschaftlichen Beziehungen. Die kapitalistische Gesellschaft gleicht wieder einmal in besonderem Maße »dem Hexenmeister, der die unterirdischen Gewalten nicht mehr zu beherrschen vermag, die er heraufbeschwor.« (Kommunistisches Manifest) Die Ursachen der im September 2008 offen zu Tage getretenen Weltwirtschafts- und Weltfinanzkrise bestehen weiter. Der tendenzielle Fall der Profitrate in der gewerblichen Wirtschaft setzt sich fort. Weltweit bauen sich neue Überkapazitäten im produzierenden Gewerbe auf. Die Politik des Neoliberalismus ist diskreditiert, wird aber ungebrochen, wenn auch oft verschämt, fortgesetzt. Die Party der Spekulation ist erneut in Gang gekommen und erreicht fast wieder das Niveau vor dem September 2008. Die wachsende Staatsverschuldung der großen Industriestaaten ist eine gigantische Schuldenblase. Ein neues erfolgversprechendes Modell der Kapitalakkumulation ist nicht in Sicht. Die Struktur- und Finanzkrise tritt entsprechend den ungleichen Bedingungen dabei durchaus unterschiedlich in Erscheinung. Die wirtschaftliche Entwicklung verläuft weiterhin zyklisch, allerdings in einer deformierten Art und Weise. Kurzzeitige wirtschaftliche Aufschwünge sind so auch keineswegs überraschend.

Offenes Banditentum

Insgesamt gilt: Die Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise hat offenbar einen Punkt erreicht, wo sich die Kapitalakkumulation immer rücksichtsloser vollzieht. Dies geschieht gegen die Interessen der abhängig Arbeitenden, aber auch gegen die Interessen von großen Gruppen der Mittelschichten, gegen Sozialstaat und Völkerrecht, weil anders der anhaltenden Krise der Kapitalverwertung nicht entgegenwirkt werden kann. Die Verteidigung der Interessen der abhängig Arbeitenden ohne Wenn und Aber, die Stärkung des sozialistischen Internationalismus, die System-, Eigentums- und Machtfrage rücken auf neue Weise in das Zentrum sozialistischer Handlungsorientierung. Vor uns liegt eine Epoche ernster wirtschaftlicher und finanzpolitischer Krisen, härtester Klassenkonflikte und neuer Kriege.

Kapitalismus und Krieg bilden eine Einheit. »Der Kapitalismus trägt den Krieg in sich wie die Wolke den Regen.« (Jean Jaures). »Der heutige Imperialismus stützt sich vor allem auf ökonomische Abhängigkeit und Verschuldung. Imperiale Kriege erwachsen aus Kämpfen um geopolitische Macht, um ökonomische, politische und kulturelle Vorherrschaft«, heißt es im Abschnitt II. des Programmentwurfs.

Die Herausbildung des Weltmarktes war über Jahrhunderte von Kriegen um Handelsmonopole, um Stützpunkte, um Kolonien und um Sklavenraub sowie um militärische Hegemonie in Europa geprägt. Mit dem Monopolkapitalismus vor gut 100 Jahren vollzog sich der Übergang zum Imperialismus, d.h. von einem »relativ friedlichen Kapitalismus zum extrem kriegerischen Imperialismus« (W. I. Lenin). Die ungleichmäßige Entwicklung der kapitalistischen Staaten verstärkte sich. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts erlebte die Menschheit den Ersten Weltkrieg: um Einflußsphären, um die Neuaufteilung der Welt unter die mächtigsten imperialistischen Länder. Hitlerdeutschland und Japan führten den von ihnen begonnenen Zweiten Weltkrieg als Krieg zur Vernichtung der Sowjetunion und um die Weltherrschaft. Eine militärische Allianz der Sowjetunion, der USA, Englands und Frankreichs durchkreuzte diese Pläne.

Nach dem Zweiten Weltkrieg begann die »Pax Americana« mit zahlreichen lokalen Kriegen unter Führung der USA gegen weitere weltrevolutionäre Veränderungen: mit dem Krieg gegen die Partisanenbewegung in Griechenland, dem Koreakrieg, dem Vietnamkrieg und den Aggressionen gegen Kuba und Nicaragua. Die weltweite Systemauseinandersetzung wurde von einem ins Extreme gesteigerten Wettrüsten bestimmt. In den imperialistischen Hauptländern entstanden mächtige militärisch-industrielle Komplexe als feste Bestandteile der Machtstruktur. Verhindert werden konnte, daß der Kalte Krieg zwischen den beiden Weltssystemen in einen heißen Krieg und in einen Atomkrieg umschlug.

Nach dem Untergang der Sowjetunion und der Selbstauflösung des Warschauer Vertrages entwickelte sich sukzessive ein neues Szenarium imperialistischer Kriegsführung und -vorbereitung. In den Vordergrund treten begrenzte Kriege zur Ausschaltung regionaler Störfaktoren und zur Gewährleistung des Zugriffs auf die Ressourcen dieser Welt im gemeinsamen Interesse der imperialistischen Hauptländer unter Führung der USA. Der erste und zweite Golfkrieg, der NATO-Angriffskrieg gegen Jugoslawien und der Krieg in Afghanistan zeigten die Gangart dieser Kriegsführungspolitik. Die Normen des in der Zeit der Systemauseinandersetzung entstandenen demokratischen Völkerrechts werden relativiert, außer Kraft gesetzt, bewußt gebrochen oder umgangen. Legitimiert werden die »modernen Kriege« vor allem mit der notwendigen »Verteidigung der Menschenrechte«. Es gibt im Unterschied zum Ersten Weltkrieg kaum Kriegsbegeisterung. Aber die regierungsoffizielle Kriegshetze in Vorbereitung von Aggressionen, die Tötung Tausender unschuldiger Menschen und offene Bekenntnisse zum Banditentum in den internationalen Beziehungen stoßen auf nur geringen öffentlichen Widerstand.

BRD will »Weltmachtrolle«

Erneut wurden Rüstungsetats und Waffenexporte ausgeweitet. Die militärisch-industriellen Komplexe üben entscheidenden machtpolitischen Einfluß aus. Die EU und Japan fungieren als Juniorpartner der USA, entwickeln aber auch zunehmend eigene Interessen in den Bereichen Wirtschaft, Rohstoffe, Märkte, Einflußsphären, Handelswege und nicht zuletzt im Bereich des Militärischen, wie schon während der Aggression gegen Jugoslawien deutlich wurde. Die EU verpflichtet ihre Staaten auf weitere Militarisierung. Eine europäische Interventionsarmee wird vorbereitet. In der Bundesrepublik kam es zu einer »Enttabuisierung des Militärischen« (Gerhard Schröder). Nachdrücklich wurde die Forderung erhoben, Deutschland müsse »sich künftig offen zu seiner Weltmachtrolle bekennen und soll diese ausweiten.« (Helmut Kohl).

Die Bundeswehr wird in Richtung auf eine Interventionsarmee umgerüstet und sammelt als solche ihre Erfahrungen in Afghanistan. Die Militärpolitik der USA und der NATO zielt nicht zuletzt auf die Atomkräfte Rußland und China, auch mittels einer Politik der Einkreisung. Es wächst die Gefahr eines neuen großen Krieges. Es wächst die Gefahr, daß die Kapitalistenklasse als Ausweg aus einer anhaltenden Großen Depression in der Wirtschaft erneut, wie in den neunziger Jahren des 19. und in den dreißiger Jahren des 20. Jahrhunderts, den Weg des Kriegskeynesianismus, d. h. der Hochrüstung zwecks Wirtschaftsaufschwung und Kapitalvermehrung einschlagen wird.

Die antikapitalistische Linke muß diese Gefahren benennen, national und international der Kriegshetze entgegentreten und gegen die Kriegspolitik mobilisieren. Warum, so ist in bezug auf den vorliegenden Programmwurf zu fragen, fordert man dort nicht generell das Ende aller, also sämtlicher Militäreinsätze der Bundeswehr im Ausland und nicht nur der Kampfeinsätze? Warum fordert man die Auflösung der NATO und nicht den Austritt Deutschlands aus der NATO als ersten, wesentlichen Schritt dahin? Und ist der Tribut an »Realpolitik« schon so groß, daß man sich nicht traut, ein generelles Waffenexportverbot zu verlangen?

Klassenanalyse statt Wertepalaver

Die Untersuchung der Stellung des Proletariats im Produktionsprozeß, der Erscheinungsformen der Klasse und ihres Bewußtseinsstandes sind unumgänglich, will die Linke handlungsfähig sein. Memorandum zur linken Programmdebatte (Teil II und Schluß)

Die Gesellschaft der Bundesrepublik ist eine Klassengesellschaft. Die Einschätzung im Programmwurf, dies lasse »sich an der zunehmend ungleichen Verteilung von Einkommen und Vermögen ablesen«, beschreibt bloß eine wichtige Erscheinungsform dieser Klassengesellschaft. Die Verteilung der Einkommen und der Vermögen folgt grundsätzlich der sozialökonomischen Klassenspaltung in »Eigentümer von bloßer Arbeitskraft« und »Eigentümer von Kapital«. (Karl Marx, Das Kapital, Dritter Band)

Nach dem mehr als vier Jahrzehnte andauernden Sozialismusversuch im Osten Deutschlands folgte dem Anschluß der DDR an die Bundesrepublik überdies eine regionale Spaltung. Im Osten kam es zu einer flächendeckenden Deindustrialisierung und zu einer politisch motivierten Revanche. Die verstärkten Kampagnen zur Kriminalisierung der DDR sind im Kern Prävention gegen Kapitalismusfrust in der Weltwirtschaftskrise. Im Rahmen einer andauernden Kampagne gegen die »Verklärung der SED-Diktatur« sollen positive Erinnerungen und Erfahrungen ausgelöscht werden.

Die Privatisierung der volkseigenen Betriebe und Güter, die Übernahme von finanziellen Fonds und sogenannten Altschulden durch westdeutsche Banken und Versicherungen, die Vertreibung von Hunderttausenden Menschen aus Häusern und Datschen und die Enteignung von Bodenreformland vollzog sich als größter nichtmilitärischer Raubzug in der deutschen Geschichte.

Geprägt von Erfahrungen mit zwei gesellschaftlichen Systemen gibt es bei vielen Ostdeutschen ein anderes Sozialismusbild und eine sehr kritische Sicht auf Staat, Demokratie und Kapitalherrschaft in der Bundesrepublik. Kritisiert werden die autoritären Strukturen und Demokratiedefizite des politischen Systems in der DDR - geblieben sind oft Erinnerungen an eine solidarische Gesellschaft und ein eigenständiges humanitäres Wertesystem samt einem Verständnis von Geschichte als Kampf für eine bessere Gesellschaft. Ein deutlich höherer Prozentsatz der Menschen als in Westdeutschland befürwortet die Idee eines demokratischen Sozialismus. Der in der DDR unternommene sozialistische Versuch gibt Mut, an die heutige Gesellschaft sozialistische Maßstäbe anzulegen.

Zentralität des Proletariats

Klassenanalyse als Bestimmung des subjektiven Faktors progressiver Gesellschaftsveränderung ist ein wichtiger Aspekt der Lageanalyse und damit der Möglichkeiten antikapitalistischer Politik. Nach 20 Jahren Vereinigung verlaufen die politischen Fronten auch hinsichtlich ihrer Erscheinungsformen längst nicht mehr vorrangig zwischen West und Ost. Sie verlaufen zwischen Oben und Unten. Hinsichtlich der Klassenstruktur hat sich die Einheit Deutschlands im Zeichen gemeinsamer objektiver Klassenlagen und Klassenmachtverhältnisse weitgehend vollendet, die nationale Spaltung in Reich und Arm hat sich vertieft.

Auch in der BRD verläuft der Kreislauf des Kapitals wie folgt: Am Anfang steht der Lohnarbeiter als Eigentümer der Arbeitskraft, die er dem Eigentümer von Kapital verkaufen oder vermieten muß, um leben zu können. Ihnen gegenüber steht der Kapitalist, der Besitzer der Produktionsmittel, der die Produktion organisiert und sich die Ergebnisse der Produktion aneignet. Am Ende dieses Prozesses steht der Lohnarbeiter so da wie zu Beginn des Produktionsprozesses: als Eigentümer von bloßer Arbeitskraft. Der Kapitalist aber hat sich bereichert. Dieser Kreislauf wiederholt sich immer wieder. Ebenso wie das angelegte und verwendete Kapital sich wieder herstellt, reproduziert sich auch das Verhältnis zwischen Arbeitenden und Aneignenden. Wichtiger Ausgangspunkt von Klassenbewußtsein der Lohnarbeiter ist die Erkenntnis, daß sie den gesellschaftlichen Reichtum schaffen, den sich andere aneignen.

Im Verlaufe eines langen historischen Prozesses der fortwährenden Revolutionierung der Produktivkräfte veränderten sich in Deutschland die Produktionsweise, die Strukturierung des gesellschaftlichen Gesamtarbeiters, die Eigentumsverhältnisse, die Relationen zwischen produktiver und unproduktiver Arbeit, die Klassenstrukturen. »Die fortwährende Umwälzung der Produktion, die ununterbrochene Erschütterung aller gesellschaftlichen Zustände, die ewige Unsicherheit und Bewegung zeichnet die Bourgeoisepoche vor allen anderen aus.« (Kommunistisches Manifest) Die Klassenstrukturen waren und sind insofern in fortwährender Bewegung: als »instabile, aber beständige, sich immer wieder erneuernde sozialstrukturelle Gliederung des Reproduktionsprozesses der Gesellschaft«. (Helmut Steiner)

Das Kapital hat die große Masse der Erwerbstätigen, die abhängig arbeitende Klasse, vom Eigentum an den Produktionsmitteln getrennt. Typisch für die neuere Entwicklung ist dabei eine wachsende Heterogenität und Segmentierung. Der Anteil der Produktionsarbeiter an den Lohnabhängigen ist infolge der Revolutionierung der Produktivkräfte zurückgegangen, die der Lohnabhängigen im Bereich der unproduktiven Dienstleistungen angewachsen. Nach wie vor verfügen die Lohnarbeiter in der Industrie- die traditionelle Arbeiterklasse - infolge ihrer zentralen Stellung im Reproduktionsprozeß der Gesellschaft über eine besondere potentielle Vetomacht. »Ihre Zentralität speist sich aus ihrer singulären Stellung im Produktionsprozeß und ihrer unersetzbaren Rolle bei der Verwertung des Kapitals.« (Atilio Boron)

Entstanden ist ein vielschichtiges Prekariat von Niedriglöhnern, in unsicheren Arbeitsverhältnissen Beschäftigten und sozial Ausgegrenzten als Resultat der Verelendungsprozesse im gegenwärtigen Kapitalismus, der immer mehr Menschen in existentielle Unsicherheit stürzt. Neue Wege der Ermutigung, Vereinigung und Verstetigung solidarischen Handelns zu suchen und zu erproben, ist eine wichtige Aufgabe der antikapitalistischen Linken, insbesondere auch in den Gewerkschaften.

Den abhängig Arbeitenden gegenüber steht eine Kapitalistenklasse mit einer kleinen Schicht von Finanzgewaltigen und Konzernherren an der Spitze. Zusammen mit den Führungen der Unternehmerverbände, den Spitzenmanagern in Wirtschaft und Staat und dem Führungspersonal der dem Kapital ergebenen Parteien bilden sie die herrschende Machtelite. Die Regierungspolitik wird von dieser Machtelite bestimmt. Von »eine (r) demokratische (n) Gesellschaft«, die in jüngster Zeit nach dem Programmwurf durch den »Finanzmarkt-Kapitalismus« in »die Krise« gestützt wurde, kann keine Rede sein. Die »Demokratie« hat sich in einem längeren Transformationsprozeß als politische Form der Herrschaft dieser Machtelite stabilisiert (wobei ihr ambivalenter Charakter als zugleich politische Form des Klassenwiderstandes zwar infolge der politischen und ideologischen Herrschaftsmechanismen geschwächt und eingeschränkt wurde, aber dennoch erhalten bleibt und immer wieder virulent wird). Ihre Institutionen waren in der Bundesrepublik stets fest im Griff der herrschenden Klasse. Indem im Programmwurf ein weitgehend personalisierend aufgefaßter Kapitalismus (»Erpressungspotenzial« der Konzerne) dem Staat gegenüber gestellt wird, wird der Staat zum potentiellen Regulator und das Maß an Demokratie davon abhängig, »wie die Macht der Konzerne und Finanzmogule zunimmt«. Es wird nicht einfach sein, eine derartige Zunahme in der Geschichte der Bundesrepublik nachzuweisen. »Die Schwierigkeiten, das goldene Zeitalter der noch nicht ausgehöhlten Demokratie zu finden, verweisen darauf, daß das Verhältnis zwischen Staat und Kapital doch etwa anders aussehen könnte, als es der Programmwurf skizziert.« (Michael Heinrich)

Kampf der beiden Grundklassen

Zwischen den beiden Grundklassen gibt es zwei größere soziale Gruppen, deren gemeinsames Merkmal eine Zwischenstellung zwischen Kapital und Arbeit ist. Sie sind potentielle Bündnispartner einer mobilisierten arbeitenden Klasse. Zum einen sind dies die gewerblichen Mittelschichten. Sie sind geschrumpft. Das alte selbständige Kleinbürgertum hat sich weitgehend aufgelöst. Zu einem Teil sind heute Kleinunternehmen Zulieferungsbetriebe von Fabriken der Großindustrie, zu einem anderen Teil Unternehmen, die diverse Dienste für Unternehmen und Personen leisten. Die Zahl der faktisch abhängig Selbständigen, der kleinen Gewerbetreibenden ohne Beschäftigte, die zur abhängig arbeitenden Klasse gehören, hat zugenommen. Die Klasse der werktätigen Bauern ist als soziale Großgruppe verschwunden. Die Landarbeiter sind ein Teil der Arbeiterklasse.

Zum anderen entstand und vergrößerte sich mit der Ausweitung des höheren und mittleren Leitungspersonals in Wirtschaft und Staat eine lohnabhängige Mittelschicht, die in sich sehr differenziert ist. Ihre Interessen sind zwiespältig. Sie sind abhängig vom Kapital beschäftigt. Zugleich aber vertreten sie gegenüber den Lohnarbeitern auf unterschiedliche Weise die Interessen des Kapitals.

In der deutschen Geschichte gab es im Kampf der beiden Grundklassen der kapitalistischen Gesellschaft viel Widersprüchliches und Gegenläufiges. Es gab tiefgreifende strukturelle Veränderungen, Höhepunkte der politischen Organisiertheit und des Klassenkampfes, große Siege und bittere Niederlagen. Zu den Niederlagen zählen wir, wie dies auch der Programmwurf tut, die Revolution von 1918/19, die »mit Hilfe der sozialdemokratischen Führung niedergeschlagen wurde.«

Es gab ein Auf und Ab im Ringen der Lohnarbeiter als Klasse für sich selbst, ihre Interessen im Kampf gegen das Kapital zur Geltung zu bringen. Und es gab auf deutschem Boden mit der DDR den Versuch, unter geschichtlich schwierigen Umständen eine neue Gesellschaft jenseits des Kapitalismus zu schaffen. Resultat dieser Kämpfe sind nicht zuletzt bleibende Erinnerungen im Alltagsbewußtsein und wichtige Erfahrungen von programmatischer Bedeutung.

Dem Aufbruch der Arbeiterbewegung auf marxistischer Grundlage, d. h. dem Aufstieg der SPD und der Gewerkschaften im deutschen Kaiserreich, folgte die Zustimmung fast der gesamten sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zu den Kriegskrediten 1914. Die zunächst als sozialistische Revolution begonnene Novemberrevolution 1918 endete mit der Ermordung ihrer Führer und mit dem Klassenkompromiß der Weimarer Verfassung. Die kurze Geschichte der Weimarer Republik war gekennzeichnet durch große sozialpolitische Erfolge im Klassenkampf und die Entwicklung einer kämpferischen Arbeiterbewegung, aber auch durch Verfassungsbruch, die Organisierung der Massen für reaktionäre und inhumane Ziele und eine politisch verhängnisvolle Spaltung der Arbeiterbewegung. Die Unfähigkeit der Arbeiterparteien SPD und KPD, die Übertragung der Macht durch das Großkapital an den Nazifaschismus mit all ihren schrecklichen Folgen nicht verhindert zu haben, wirkt bis heute als Mahnung zur unbedingten Aktionseinheit.

In der Nachkriegsgeschichte nach 1945 verlief die Grenze zwischen dem kapitalistischen Weltsystem und den Staaten, die den Ausbruch aus diesem Weltsystem gewagt hatten, mitten durch Deutschland. In der Bundesrepublik kam es zum sozialstaatlichen Klassenkompromiß. Das Kapital war unter den Bedingungen der Systemkonfrontation und des »Fordismus« ohne größere Kampffaktionen der Arbeiterklasse zu erheblichen sozialen und arbeitsrechtlichen Konzessionen bereit.

Historische Erfahrungen auswerten

In der DDR entstand unter äußerst komplizierten geschichtlichen Umständen ein erster Staat der Arbeiterklasse auf deutschem Boden mit einer wechselvollen Geschichte, mit Erfolgen und Mißerfolgen. »Die Zentralisation der ökonomischen Entscheidungen und die bürokratisierte Form der Planung und Leitung der Volkswirtschaft sowie die weitgehende Einschränkung betrieblicher Selbständigkeit«, so heißt es im Programmentwurf, »führten langfristig zu einem Zurückbleiben der Innovations- und Leistungsfähigkeit.« Die Niederlage des Sozialismusversuchs auch in der DDR war im Kern eine Niederlage auf ökonomischem Gebiet. Das bürokratisch-administrative Leitungssystem konnte im Systemwettbewerb auf Dauer nicht bestehen. Es gelang nicht, einen der bürgerlichen Demokratie überlegenen Demokratietyp zu schaffen. Wenn man als Maß von Demokratie, die von den gesellschaftlichen Verhältnissen wesentlich geprägte »individuelle und kollektive Selbstbestimmung der Menschen« versteht (Uwe-Jens Heuer), so gab es Erfolge, aber auch Rückschritte vor allem hinsichtlich der politischen Grundrechte und der Vertretungsdemokratie. Sozialisten und Kommunisten tun gut daran, die Geschichte der DDR in ihrer ganzen Differenziertheit als Erfahrungsobjekt sozialistischer Gesellschaftsgestaltung zu analysieren. Dazu gehören auch solche positiven Erfolge der Vergesellschaftung wie das Genossenschaftswesen in der Landwirtschaft. Dazu gehören die Erfahrungen sozialer und personeller Mitbestimmung in den Betrieben, ein vorbildliches Arbeitsrecht und in vieler Hinsicht solidarische Staat-Bürger-Beziehungen. Zweifellos war der Sozialismusversuch, wie im Programmentwurf angemerkt, »von einer Staats- und Parteiführung autoritär gesteuert«. Die damit einhergehende Deformationen des politischen Systems der DDR hatten nicht zuletzt zur Folge, daß die Arbeiter am Ende der DDR nicht bereit waren, die volkseigenen Betriebe als ihr Eigentum zu verteidigen. Offensichtlich verhalten sich Eigentümer nur dann als Eigentümer, wenn sie tatsächlich Eigentümer sind.

Aber auch in diesem Zusammenhang (nicht als Rechtfertigung, aber als Erklärung) dürfen die gegebenen Umstände, insbesondere die schwierigen äußeren Bedingungen im Kalten Krieg und die »führende Rolle der KPdSU«, nicht unbeachtet bleiben. Der völlig undifferenzierten Einschätzung, das Ende der DDR sei der »Bruch mit dem Stalinismus« gewesen, wie sie im Programmwurf erfolgt, vermögen wir in keiner Weise zu folgen. Mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion entfiel die entscheidende Grundlage für die Existenz der DDR.

Die Geschichte der Klassenkämpfe im kapitalistischen Deutschland vermittelt eine Reihe von Erkenntnissen, die für eine neue politische Klassenbildung wichtig sind.

Das Grundproblem der marxistischen Klassentheorie besteht darin, wie auf der Basis gemeinsamer Klasseninteressen gegenüber dem Kapital die Lohnarbeiter zum gemeinsamen Klassenbewußtsein und Klassenhandeln kommen. Ein solcher Prozeß der politischen Klassenbildung von einer Klasse gegenüber dem Kapital hin zu einer Klasse für sich selbst kann offensichtlich nur über die Ausweitung und Vernetzung der praktischen ökonomischen und politischen Kämpfe für die eigenen Interessen in Gang gesetzt werden, verbunden mit einer zunehmenden Einsicht der abhängig Arbeitenden in die gegebenen gesellschaftlichen Zusammenhänge. Solche Kämpfe bedürfen stets auch der gewerkschaftlichen Organisiertheit sowie der politisch-ideologischen Organisation und Führung.

Die Erfolge und die Niederlagen auf dem Wege des Kampfes für eine bessere Gesellschaft waren abhängig von der Kampfkraft der Arbeiterklasse, von der Reichweite des Einflusses der herrschenden Klasse auf die subalternen Klassen sowie von der Standhaftigkeit, der Einheit und dem Niveau der politischen und gewerkschaftlichen Organisationen. Die im Kommunistischen Manifest hervorgehobene Tendenz, daß sich die kapitalistische Gesellschaft »mehr und mehr in zwei große feindliche Lager« spaltet, traf auf entgegengesetzte Tendenzen: nämlich die Klassengegensätze mittels der Konkurrenz zwischen den Lohnarbeitern und des »stumme (n) Zwang (s) der ökonomischen Verhältnisse« (Karl Marx) zu verdecken sowie mittels sozialer Zugeständnisse, des Parteiensystems und »sozialpartnerschaftlicher« industrieller Beziehungen zu regulieren.

Elend und verschärfte Ausbeutung haben nie allein zur politischen Klassenbildung geführt. Einen Automatismus zwischen Verelendung und der Entwicklung der arbeitenden Klasse von einer Klasse an sich zu einer Klasse für sich gibt es nicht. Voraussetzung für einen Aufschwung von Klassenbewußtsein und Klassenhandeln war stets das Zusammenfallen einer sozialen Krise mit einer ideologisch-politischen Legitimationskrise der Kapitalherrschaft. Und auch dann kommt es nur zu einem Aufschwung von Klassenbewußtsein und Klassenhandeln, wenn sich dafür ein politisches Zentrum herausbildet.

Lähmung durch Anpassung

Überdies gilt: Nichts lähmt den Kampfeswillen der abhängig Arbeitenden in einer solchen Phase des offen zutage tretenden Klassengegensatzes so sehr wie eine »linke« Taktik fortwährender sozialer und politischer Anpassung bis hin zum Übergang von Teilen der Linken ins Regierungslager.

In ausgesprochenen Krisenzeiten der kapitalistischen Produktionsweise wächst die Gefahr einer Politisierung der abhängig Arbeitenden auf rassistischer und faschistischer Grundlage. Die antifaschistische Massenmobilisierung, aber noch mehr die klare Interessenvertretung der abhängig Arbeitenden durch die antikapitalistische Linke wird zum Gebot der Stunde. Gegen eine faschistische Massenbewegung hilft »nur das machtvolle und geschlossene Auftreten der Arbeiterklasse ..., so daß diejenigen Teile der abhängig Arbeitenden, die in ihrer Verzweiflung dazu neigen, zu den Faschisten überzugehen, politisch an die Arbeiterklasse gebunden werden und die Arbeiterklasse sich zu einer wirkungsvollen Alternative gegen die monopolkapitalistische Herrschaft entwickelt«. (Wolfgang Abendroth)

Die Organisationsformen, die Parteien und Gewerkschaften, die die Arbeiterklasse im Kampf um ihre Befreiung entwickelte, sind nicht bloße Formen der Mobilisierung und der Interessenvertretung. Sie führen ein Eigenleben und sind stets der Versuchung ausgesetzt, auf der Grundlage eigener Interessen der mit ihnen entstandenen Sozialschicht »an Stelle der Eroberung der politischen Macht durch Überwindung unserer Gegner eine Politik des Entgegenkommens an die bestehende Ordnung der Dinge« zu setzen. (Resolution des Dresdener SPD-Parteitag von 1903) Vor allem die außerordentliche Integrationskraft des bestehenden parlamentarischen Systems mit seinen Möglichkeiten, pekuniäre, soziale und politische Privilegien zu gewähren, fördert dies heute ganz außerordentlich. Hinsichtlich der Programmatik zeigt sich, wie 1959 im Zusammenhang mit dem Godesberger Programm¹ der SPD deutlich wurde, der Übergang auf die Positionen der herrschenden Klasse im Verzicht auf eine Bestimmung der Klassenverhältnisse und eine Analyse der Klassenmachtverhältnisse. Er zeigt sich auch in einem ständigen Wertepalaver, in liberalen Parteiflausen und in einem allgemeinen Verlust an politischer Intelligenz. Zur Lektüre werden in diesem Zusammenhang die jüngsten 13 Thesen des »Forums Demokratischer Sozialismus« empfohlen.

Die geschichtlichen Erfahrungen lehren auch, daß in den politischen Kämpfen der arbeitenden Klasse Formen der Selbstorganisation entstehen, die zugleich Kampforgane und Keime einer alternativen Machtstruktur werden können. Die Entstehung, Ausbreitung und Zentralisierung von derartigen Räten bzw. räteähnlichen Selbstorganisationsstrukturen sind Mittel, »der kapitalistischen Herrschaft in Betrieb und der bürgerlichen Staatsmacht Abbruch zu tun« (August Thalheimer) und wichtige Vorbedingungen, um in einer revolutionären Situation die politische Macht der arbeitenden Klasse zu erobern.

Anmerkung:

¹ Mit dem am 15. November 1959 beschlossenen Godesberger Programm vollzog die SPD den endgültigen Bruch mit dem Marxismus. Charakteristisch für diesen programmatischen Wechsel sind ein humanistisch-liberales Sozialismusverständnis und der Anspruch nunmehr klassenneutrale »Volkspartei« zu sein.

Das Memorandum wird im November als Broschüre im Pad-Verlag, Bergkamen veröffentlicht.
Bestellungen unter: pad-Verlag@gmx.net